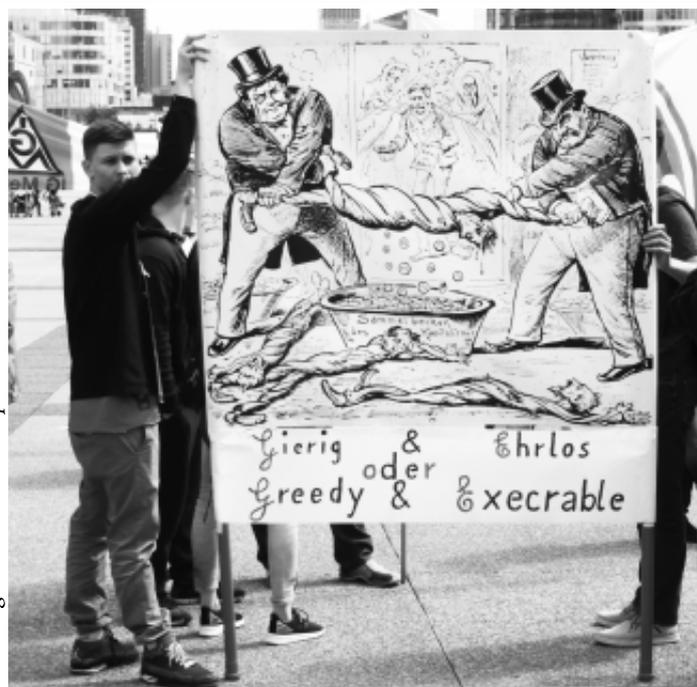


# Avanti <sup>2</sup>

## ISO Rhein-Neckar



GE-Kollegen in Paris am 8. April 2016.

Foto: Avanti?

# Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! Verbot von Entlassungen!

**D**er 1. Mai steht in Mannheim und der Region unter dem Zeichen verschärfter Angriffe des Kapitals. Das bezeugen Namen wie ABB, Bombardier, Daimler, Freudenberg, GE, Goodyear,

Halberg, Mann + Hummel, Scout, Siemens und XXXL. Sie sind für die Vernichtung tausender von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verantwortlich.

Fortsetzung auf Seite 2

*Liebe Leserinnen und Leser,*

der 1. Mai steht in der Region unter dem Zeichen verschärfter Angriffe des Kapitals. In der aktuellen *Avanti*<sup>2</sup> berichten wir über die Abbaupläne bei Freudenberg.

Erneut sind auch unsere politischen Perspektiven ein Thema. Kann uns die Auseinandersetzung mit der Kapitalismuskritik von Karl Marx dabei helfen?

Der Mannheimer Ostermarsch beschäftigte sich unter anderem mit der Gefahr durch Atomwaffen in Deutschland. Was können wir dagegen tun?

Zu guter Letzt gibt es einen weiteren Artikel zu 100 Jahre Oktoberrevolution.

Wir freuen uns auf Euer Interesse!

Eure Redaktion

### Inhalt

TITEL	THEORIE
01 <b>KAPITAL</b> Angriffe ohne Ende?	07 <b>SEMINAR</b> Spurensuche bei Karl Marx?
<b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>	<b>GESCHICHTE</b>
03 <b>FREUDENBERG</b> Abbau als Strategie	09 <b>1917</b> Krieg und Frieden
<b>POLITIK</b>	<b>RÜCKBLLENDE / TERMINE</b>
04 <b>PERSPEKTIVEN</b> Was tun? (Teil 4)	10 <b>STRASSENFEST</b> Fritz Salm
06 <b>OSTERMARSCH</b> Deutschland und die Bombe	08 <b>Termine</b>

## Fortsetzung von Seite 1

### XXXL macht Schule

Auch Goodyear orientiert sich jetzt an der Strategie von XXXL. Der Konzern plant, rund 2.200 Beschäftigte fast aller deutschen Werke in eine eigene Gesellschaft zu überführen – die GDTM GmbH & Co. KG (Goodyear Dunlop Tires Manufacturing GmbH & Co. KG).

Ausgenommen von diesem Vorhaben ist Philippsburg, wo die Produktion vor der Schließung steht, und die Fertigung in Hanau.

Die neue Gesellschaft („NewCo“) verfügt nur noch über „ihr“ Personal. Ansonsten besitzt sie nichts. Sie muss Maschinen, Anlagen, Gebäude, Grundstücke und anderes von der Goodyear Dunlop Tires Germany GmbH mit Sitz in Hanau anmieten.

Dadurch kann dann die Hanauer GmbH über ihre Verrechnungspreise ein noch viel größeres Drohpotential als bisher gegen Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften aufbauen. Bei künftigen Verhandlungen über Interessenausgleich und Sozialplan wird dann „zufällig“ bei der „NewCo“ erstmal kein Geld da sein. XXXL lässt grüßen.

### Was tun?

Ohne massiven politischen Druck auf Goodyear und andere Konzerne werden diese Angriffe nicht gestoppt werden. Denn diese Kapitalisten haben begonnen, eine brutale Strategie umzusetzen. Nicht nur aus „wirtschaftlichen“, sondern vor allem auch aus politischen Gründen.

Sie bekämpfen aktive Betriebsräte und die gewerkschaftliche Organisation. Rechte für Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften sehen sie als Behinderung ihrer Profitmaximierung an. Sie wollen möglichst Ausbeutung pur.

Gegen diesen Klassenkampf von oben hilft kein Kuschelkurs. Der bequeme Traum von der „Sozialpartnerschaft“ wird sonst in einem Alptraum enden.

Erforderlich ist jetzt die Organisation betrieblichen und betriebsübergreifenden Widerstands. Erforderlich ist ein allge-

meiner gewerkschaftlicher Kampf für unsere Rechte und gegen Arbeitsplatzvernichtung.

Warum fordern wir nicht gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist ... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.‘ (Artikel 14 GG.)

Warum kämpfen wir deshalb nicht auch für ein Verbot von Entlassungen?

Nicht die Menschen müssen der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft muss den Menschen dienen!

### Solidarischen Widerstand organisieren!

Nach der Zerschlagung des früheren Alstom-Werkes ist klar: Die KollegInnen in den bedrohten Betrieben, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften müssen aktiver werden. Sonst werden viele in ungeschützten Verhältnissen, in Erwerbslosigkeit und Armut aufwachen.

Es gibt nur eine reale Chance: mit langem Atem solidarischen Widerstand organisieren.

Notwendig für unseren Erfolg ist es, Druck aufzubauen und die Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten zu ändern. Dazu braucht es aktive „kämpferische Kerne“ in den Betrieben.

Das Kapital überschreitet tagtäglich den Rahmen der vorgegebenen Legalität. Warum sollten wir nicht genauso kreativ unsere Rechte verteidigen?

Entscheidend ist es, nicht bloß wirksame Aktionsformen zu entwickeln, sondern gut überlegt alle unsere Kampfmittel zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen.

Nur so können wir unsere Recht und unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze verteidigen. Nur so können wir auch eine Alternative zu Resignation und Anpassung entwickeln Und gleichzeitig können wir glaubwürdig Rassismus und braunem Populismus entgegentreten. ■

## Unsere Alternativen sind besser!

### 1. Arbeit und Ausbildung haben Vorrang vor Profiten. Deshalb:

– Ja zu einer unbefristeten Beschäftigungsgarantie für uns alle!

### 2. Die Banken sind mit Milliarden vom Staat gerettet worden.

**Unsere Produkte und Dienstleistungen sind von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Deshalb:**

– Ja zu einem staatlichen Schutzschirm für uns und unsere Arbeitsplätze!

### 3. Unser Wissen und unsere Arbeit ermöglichen die Erzeugung von wirtschaftlichen und sozialen Werten. Deshalb:

– Ja zum Ausbau demokratischer Kontroll- und Vetorechte in Betrieb und Gesellschaft!

**Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!  
Nur wer kämpft, kann gewinnen!**

# Freudenberg Weinheim

## Profitmaximierung durch Abbau, Schließung, Verlagerung

K. W.

Freudenberg Performance Materials (FPM) und Filtration Technologies sind verselbständigte Teilbetriebe der ehemaligen Vliesstoff-Sparte von Freudenberg in Weinheim. Seitdem kämpft jeder Teilbetrieb für sich um Profit, obwohl die einzelnen Tochterfirmen voneinander abhängig und verflochten sind.

Im Dezember 2016 wurden die Beschäftigten der FPM in Weinheim über die geplante Schließung des Logistik-Bereichs sowie über weiteren Personalabbau und Kürzungen im Bereich Apparel informiert. Die Komplettschließung der FPM Logistics träge 180 Beschäftigte. Würden Teile, wie z.B. das Schneidezentrum innerhalb der Freudenberg Gruppe in Weinheim weitergeführt, was mehr als unsicher ist, sind es trotzdem noch 110 Personen. Setzt sich das Management mit weiteren Abbauplänen durch, werden zusätzlich bei FPM Apparel ca. 50 Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Im Info-Blatt des Konzernbetriebsrats (KBR) von Freudenberg wird kritisiert, dass zwar die Abbau-Zahlen für das Management schon feststehen, die tatsächlichen Auswirkungen aber offensichtlich noch in den Sternen stehen. Erst auf Druck der Betriebsräte werde jetzt recherchiert. Welche notwendigen Leistungen nehmen die „Kunden“ der FPM Logistics tatsächlich ab? Wer kann diese in Zukunft

übernehmen? Was bedeutet dies für die Infrastruktur des Standortes?

Nach Meinung der beteiligten Betriebsratsgremien werden hier im Blindflug „Einsparungen“ geplant. Die Cockpitcrew spreche nicht die gleiche Sprache. Auf Bordingenieure werde schon gar nicht gehört. Im Tower sitze der Geschäftsführer Olson und verweigere den Funkverkehr.

Die KBR-Arbeitsgruppe FPM forderte Infos über die Gesamtstrategie. Ein zugesagter Termin wurde jedoch von Olson annulliert. Er engagierte stattdessen die Unternehmensberatung Boston Consulting als teuren „Fluglotsen“.

In dieser Konstellation droht eine Bruchlandung.

### „Kostensenkung“ um jeden Preis

Die beabsichtigte Schließung von FPM Logistic ist nicht ohne die Ereignisse bei Freudenberg Filtration Technologies (FFT) in Weinheim zu verstehen. Hier beabsichtigt die Geschäftsleitung, mehr als die Hälfte der Produktion in die Slowakei

zu verlagern. Als Konsequenz plant sie dabei, den Abbau von 70 Arbeitsplätzen in der Produktion und in produktionsnahen Bereichen. Zusätzlich sind alle „Dienstleistungsverträge“ mit der FPM Logistics zum Jahresende gekündigt.

Völlig unklar ist, wer zukünftig die Leistungen der FPM Logistics übernimmt. Seit Anfang des Jahres zeigen schon erfolgte technische Verbesserungen Wirkung. Die Umsatzzahlen steigen. Geplant wird aber immer noch, ohne dies zu berücksichtigen.

Die im Konzernbetriebsrat aktive Arbeitsgruppe und die lokalen Betriebsräte arbeiten an Alternativen. Unterstützt von einem Wirtschaftssachverständigen und Rechtsanwälten fordern sie die dafür notwendigen Informationen.

Die BR-Gremien der betroffenen Betriebe setzen gemeinsam mit dem KBR und der IG BCE Weinheim auf ein konsequentes Handeln, um die Schließung des Logistikbereichs zu verhindern und möglichst alle Arbeitsplätze zu sichern. ■



Protestaktion gegen Arbeitsplatzabbau bei Freudenberg in Weinheim, 27. April 2017.

Foto: Avanti<sup>2</sup>.

# „2017: Rechtsruck und kapitalistische Angriffe – Was tun?“

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will,  
soll vom Faschismus schweigen!“

## Politische Resolution der ISO (Teil IV)

**Wir veröffentlichen hier die letzten Abschnitte aus der Politischen Resolution der ISO. Hier folgt nun der Schluss dieses Textes.**

In Betrieben und Gewerkschaften wollen wir handelnde Kollektive aufbauen, die Gegenwehr, Selbstorganisation und politische Aufklärung unserer Klasse befördern. Das bedeutet: Unterstützung von Widerstand gegen Ausbeutung und Arbeitsplatzvernichtung, Abwehr der Angriffe auf Gewerkschaften und von Betriebsrats-Mobbing, Stärkung und Aufbau der Gewerkschaftslinken, aber auch von überbetrieblichen Kampf- und Solidaritäts-

strukturen. Wir teilen den Ansatz, dass es vor allem auf die Stärkung der Selbstorganisation in den Betrieben, aber auch in den Gewerkschaften ankommt, um eine klassenkämpferische Richtung der Arbeiterbewegung zu stärken. So wollen wir dazu beitragen, dass die ArbeiterInnenbewegung wieder konsequent Kämpfe für die ganze Klasse führt. Wir unterstützen deshalb vereineheitlichende Forderungen im Interesse der Beschäftigten und Erwerbslosen

und die Entwicklung von Übergangsforderungen, die am bestehenden Bewusstsein anknüpfen und, wenn es zu Massenkämpfen für sie kommt, die kapitalistischen Verhältnisse in der Praxis infrage stellen.

### Umweltschutz und Arbeit

Wenn Deutschland seine Klimaziele einhalten soll, muss 2017 das Jahr werden, in dem auf den weiteren Ausbau des Braunkohleabbaus endgültig ver-



Am Rande der ISO-Gründungskonferenz, 3. Dezember 2016.

Foto: Avanti?

zichtet und die zügige Abkehr von dieser Art der Energiegewinnung eingeleitet wird. In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein radikaler und weitgehend antikapitalistisch orientierter Flügel der Anti-Kohle-Bewegung als Teil der Umweltbewegung herausgebildet; er protestiert mit massenhaften Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die herrschende Energie- und Klimapolitik und fordert ein sofortiges Ende des Betriebs von Braunkohletagebauen und der Stromgewinnung durch Verfeuern von Braunkohle sowie generell einen radikalen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Mit den Großaktionen Ende Gelände in der Lausitz und im rheinischen Braunkohlerevier ist es gelungen, das Thema Kohleverstromung in die Öffentlichkeit zu bringen; an dieser besonders schmutzigen Energieart wollen im Interesse der Energiekonzerne (RWE, Vattenfall bzw. EPH) sowohl die Bundesregierung als auch die von SPD und Grünen getragene Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sowie die von SPD und der Partei Die Linke getragene Landesregierung in Brandenburg noch auf Jahrzehnte festhalten. Für die Umwelt-, Klima- und Anti-Kohle-Bewegung ist es dabei von strategischer Bedeutung, dass Umwelt und Arbeitsplatzsicherheit nicht länger gegeneinander ausgespielt werden können. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, zu breiten Mobilisierungen für die geplanten Aktionen gegen den Braunkohltagabbau im rheinischen Revier und anlässlich der COP23 in Bonn im kommenden Jahr und zur Stärkung der Ansätze innerhalb der Gewerkschaften für den Ausstieg aus der Braunkohle beizutragen. Unsere Ziele sind: 100 Prozent erneuerbare Energien bei gleichzeitigen massiven Einsparungen von Energie, die Herstellung regionaler ökologischer Wirtschaftskreisläufe, ein Plan für die Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Wir unterstützen darüber hinaus Ansätze zu einer politischen Ökologie, die eine sozialistische Alternative sowohl zu dem herrschenden kapitalistischen Produktivismus als auch zu dem Trugbild einer oberflächlich grün lackierten Marktwirtschaft anstreben.

### Mit dem Kapitalismus brechen!

Wir müssen mit dem kapitalistischen Projekt EU brechen! Wir treten wir für

**THERE IS NO  
ALTERNATIVE**  
KAPITALISMUS ÜBERWINDEN!

Grafik: Avanti?.

ein solidarisches und demokratisch verfasstes Europa der Lohnabhängigen ein – mit einem europäischen Mindestlohn, europäischen sozialen Mindeststandards und gleichen sozialen und bürgerschaftlichen Rechten, mit einer ökologisch verantwortlichen Wirtschaftspolitik und demokratischer Teilhabe der Bevölkerung an allen Belangen des öffentlichen Lebens und demokratisch vergesellschafteten Banken und Großbetrieben. Wir bekämpfen die rechtsextreme Demagogie, die mit der EU-Kritik eine Wiederbelebung nationalistischer Identität und den Kampf um die Wiederherstellung deutscher Dominanz in Europa verbindet.

Die verbal manchmal ähnliche Kritik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir diametral entgegengesetzte Vorstellungen vom Zusammenleben der Bevölkerungen in Europa haben. Wir unterstützen daher Initiativen, die sich im Geiste der länderübergreifenden Solidarität der Lohnabhängigen gegen die Spardiktate, die Festung Europa und die Militarisierung Europas wenden, auch wenn dies einen einseitigen Bruch mit der EU erfordert. Die Solidarität mit der griechischen Bevölkerung gegen die neokoloniale Politik von Troika, Quadriga und EU bildete in den letzten Jahren einen Schwerpunkt unserer internationalistischen Arbeit. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen, da auch andere Staaten der EU zu Opfern dieser Politik gemacht werden. Wir unterstützen Ansätze für länderübergreifende soziale und gewerkschaftliche Bewegungen für soziale Mindeststandards, gleiche soziale und bürgerschaftliche Rechte in Europa, wie sie etwa der Alter Summit darstellen. Um diesen einen Erfolg zu ermöglichen, muss gegen die derzeitige EU-Konstruktion eine breite kontinentale Rebellion

erfolgen, die für einheitliche fortschrittliche Standards der Arbeits- und Sozialgesetzgebung und der Umweltgesetze in Europa kämpft. Der damit verknüpfte Abbau von gegenseitigem Konkurrenzdruck der arbeitenden Klassen entzieht den Rassisten zugleich den Boden. Zudem gilt es, über die unterdrückende Rolle der EU in der Welt aufzuklären und sich dagegen mit allen fortschrittlichen Kräften international zu verbinden.

### Politische Bildung

Eine Kernaufgabe für eine revolutionär-sozialistische Organisation ist die Herausbildung, Stärkung und Sammlung von sich eigenständig orientierenden AktivistInnen, Organizern und Kadern. Unsere Mitglieder und unser Umfeld werden für ihre politische Arbeit bestmöglich qualifiziert. Dafür entwickeln wir ein systematisches praxisorientiertes Bildungsangebot, das wir stetig ausbauen werden, teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern wie der Bildungsgemeinschaft SALZ oder der Rosa Luxemburg Stiftung, aber auch in Zusammenhang mit den internationalen Angeboten des IIRE Amsterdam. Durch die Weitergabe und Weiterentwicklung von praktischen und theoretischen Fähigkeiten wollen wir besonders gewerkschaftlich Aktive, Frauen, migrantInnen, Lohnabhängige und Jüngere ermutigen, voneinander zu lernen. Dafür richten wir eine eigene Bildungscommission ein. ■



Internationale Sozialistische Organisation

# Ostermarsch Mannheim

## Verbot von Atomwaffen – auch in Deutschland!

K. M.

Rund 500 Menschen unterstützten laut VeranstalterInnen am 15. April 2017 aktiv den Mannheimer Ostermarsch durch die Innenstadt. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Alten Meißplatz spielte der Kampf gegen Atomwaffen eine bedeutende Rolle.

Wir dokumentieren deshalb im Folgenden Auszüge aus der Rede von Regina Hagen.\* Regina ist Sprecherin der Kampagne atomwaffenfrei.jetzt und Redakteurin der Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden* (W&F).

„ Vor einigen Jahren schien Iran das große Problem – die Gefahr, dass das Land atomwaffenfähiges Material erzeugt und Atombomben baut. [...]

Heute sind die Schlagzeilen bestimmt vom Thema Nord-Korea. Dort wird ein weiterer Test einer Langstreckenrakete erwartet, und es scheinen Vorbereitungen für einen weiteren Atomwaffentest zu laufen.

Vielleicht ein provozierendes Ostergeschenk, von einem »größten Führer«, Kim Jong Un, an den »besten Deal-Maker«, Donald Trump? Es ist nicht auszuschließen, dass Trump nur auf eine Provokation wartet, um gegen Nord-Korea loszuschlagen – mit unabsehbaren Folgen. [...]

### 14.900 Atomwaffen weltweit

Nordkorea und die USA setzen aber nicht als Einzige auf Atomwaffen für ihre vermeintliche Sicherheit. Neun Atomwaffenstaaten haben nach den neuesten Zahlen von SIPRI insgesamt 14.900 Atomwaffen in ihren Arsenalen. Zu glauben, vor diesem Hintergrund würde »Abschreckung« immer funktionieren und es käme schon nie zu einem Atomwaffenkrieg, ist dumm. Es gibt Belege für Dutzende von Fällen, wo ein Atomwaffeneinsatz aus Versehen, technischem Versagen oder aufgrund von Missverständnissen nur knapp verhindert werden konnte, oft genug durch einzelne Offiziere, die sich weigerten, den Computersystemen zu glauben, und ihrem Präsidenten nicht meldeten, die Gegenseite habe Atomraketen abgeschossen. Seine Sicherheit so zu schützen ist doch Wahnsinn, oder nicht?

Und Deutschland? Deutschland ist über die nukleare Teilhabe der NATO voll mit dabei! 20 Atomwaffen lagern in Büchel in der Eifel, deutsche Piloten üben mit deutschen Tornados den Einsatz. Und die B61-Bomben von Büchel werden von den USA in den nächsten Jahren auferüstet. Sie sollen zwar weniger Sprengkraft haben, dafür aber viel zielgenauer sein. Damit wird ihr Einsatz denkbarer, weil der »Kollateralschaden« ja dann kleiner sei. Und wenn der Einsatz denkbarer wird, dann wird in den Köpfen der nuklearen Krieger ein Atomkrieg auch führbarer. Mehr dazu findet Ihr im neuesten »Im Blick«.

Und damit nicht genug. Seit einigen Monaten gibt es, getrieben auch von Medien wie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, offene Überlegungen für eine europäische oder gar deutsche Bombe. Schon die Diskussion darüber ist vollkommen inakzeptabel!

Ich erwarte – wir erwarten – von Deutschland im Gegenteil, dass sich die Bundesregierung konstruktiv in die aufregenden Entwicklungen einbringt, die auf internationaler Ebene passieren.

### Deutschland boykottiert Atomwaffenverbot

Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag, auch Atomwaffensperrvertrag genannt, verpflichtet alle Staaten, auch die ohne eigene Atomwaffen und damit auch Deutschland, Verhandlungen mit dem Ziel der vollständigen Abrüstung aller Atomwaffen zu führen.

130 Staaten haben diesen Auftrag jetzt ernst genommen und gegen den Widerstand der meisten Atomwaffenstaaten und gegen das Votum aller NATO-Staaten mit Ausnahme der Niederlande im März mit Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot begonnen. Eine Woche trafen sich die Diplomaten im UNO-Hauptquartier in New York, im Juni und Juli werden die Gespräche fortgesetzt. Ziel ist ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen, vergleichbar mit dem Verbot von Landminen oder Splitterbomben. Damit sind die Atomwaffen zwar noch nicht weg, es wäre aber ein bedeutender Schritt, um das Tabu der Atomwaffen zu markieren.

Und Deutschland? Deutschland war im März nicht dabei! Die USA hatten Druck auf ihre NATO-Verbündeten gemacht, also hat die Bundesregierung bei der UN-Generalversammlung letzten Dezember mit Nein gestimmt und ist den Verhandlungen fern geblieben. Das ist ein Skandal! Und es macht deutsche Politik unglaublich unwürdig. Beim Iran das große Wort schwingen, aber ein Verbot von Atomwaffen verhindern? [...]

### Unsere Forderungen lauten:

- Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland,
- Abzug der Atomwaffen aus Büchel und
- Verbot aller Atomwaffen. [...]"

\*[Die Zwischenüberschriften sind von unserer Redaktion eingefügt.]



Ostermarsch in Mannheim 15. April 2017.

## Frühjahrsseminar

# 150 Jahre Karl Marx und Das Kapital

L. K.

### Am 22. und 23. April 2017 war die Kapitalismusanalyse und -kritik von Karl Marx Thema des diesjährigen Frühjahrsseminars der ISO Rhein-Neckar.

In lockerer Atmosphäre versuchten wir, gemeinsam Antworten auf folgende Fragen zu finden:

Wie wurde Karl Marx durch seine Zeit geprägt?

Wodurch ist der heutige Kapitalismus gekennzeichnet?

Welche Alternativen zur bürgerlichen Herrschaft hat Marx (gemeinsam mit Friedrich Engels) vorgeschlagen?

Welche Wege zur Überwindung des Kapitalismus sind von Marx (und Engels) aufgezeigt worden?

Kann unser heutiges Engagement für eine solidarische Welt noch heute auf Marx' (und Engels') Überlegungen Bezugnehmen? Und wenn ja, dann wie?

#### Marx und Poutou?

Fünf Referate, einige kurze Filme und natürlich eine solidarische Diskussion ließen das Wochenende wie im Fluge vergehen.

Spannend und neu war der Versuch, die ironischen Filmclips der Kampagne unseres französischen Genossen Philippe Poutou in das Seminar einzubauen.\* So konnten wir auf humorvolle Weise die Möglichkeiten der Aktualisierung und Popularisierung von Marx'schen Grundgedanken untersuchen.

Für alle, die nicht dabei sein konnten, werden wir – beginnend mit der vorliegenden Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> – einige der Referate zum Nachlesen veröffentlichen.

\* Die Filmclips sind in Youtube und im Internet zu finden. Siehe auch diese Links:

[www.npa2009.org/arguments/politique/les-clips-officiels-demandez-le-programme](http://www.npa2009.org/arguments/politique/les-clips-officiels-demandez-le-programme)

[www.npa2009.org/arguments/politique/les-clips-officiels-m-capital-contre-philippe-poutou](http://www.npa2009.org/arguments/politique/les-clips-officiels-m-capital-contre-philippe-poutou)



NPA-Wahlplakat für Philippe Poutou in Paris, 19. April 2017..

Foto: Avanti<sup>2</sup>.

# Ohne Klassenkampf keine Überwindung des Kapitalismus (Teil I)

O. H.

**N**ach marxistischer Auffassung ist der Kampf zwischen den Klassen, der unterdrückten gegen die unterdrückende und umgekehrt, eine wirksame Triebkraft der Entwicklung jeder Klassengesellschaft. So wie das Bürgertum, die Bourgeoisie, gegen den Feudaladel kämpfte – kämpfen musste – und gewann, weil sie fortschrittlicher war, so muss die arbeitende Klasse, das Proletariat, gegen die Bourgeoisie kämpfen und hat die Möglichkeit, weil es wiederum fortschrittlicher ist als die Bourgeoisie, zu gewinnen.

Die Bourgeoisie kann sich beim Kampf gegen das Proletariat in der bürgerlichen Gesellschaft auf die bürgerliche Staatsgewalt stützen, während der proletarische Klassenkampf gegen die Bourgeoisie einhergeht mit dem Kampf gegen den Staat. Aus diesem Grund kann das Proletariat die existierende Staatsmacht nicht einfach in Besitz nehmen und sie für ihre Zwecke einsetzen.

Der proletarische Klassenkampf tritt nach marxistischer Auffassung in drei Formen auf – als theoretischer, als praktisch-ökonomischer (wirtschaftlicher) und als politischer Kampf. Diese drei Formen müssen jedoch eine Einheit bilden. Sie können nur zum Erfolg führen, wenn sie nicht voneinander getrennt sind.

## 1. Der theoretische Klassenkampf

Die theoretische Form des Klassenkampfes ist die von Marx und Engels begründete wissenschaftliche Analyse und Kritik des Kapitalismus. Deren Grundlagen sind die historisch-materialistische

Geschichts- und Gesellschaftsanalyse sowie die Kritik der politischen Ökonomie.

Der „Marxismus“ ist laut Marx keine Theorie oder Philosophie, um die Welt zu interpretieren. Marx' Geschichtsauffassung versteht und erklärt die Gesellschaft durch Klasseninteressen und Klassengegensätze. Der Klassenkampf findet faktisch immer statt, wird aber durch den von der Gesellschaft abgehobenen Staat als offener Kampf unterdrückt und in gesetzliche und politische Formen gezwungen.

Die Form einer Gesellschaft entspricht

den ihr zugrunde liegenden ökonomischen Bedingungen. Entscheidende Grundlage der Ökonomie ist die Form des Eigentums an den Produktionsmitteln.

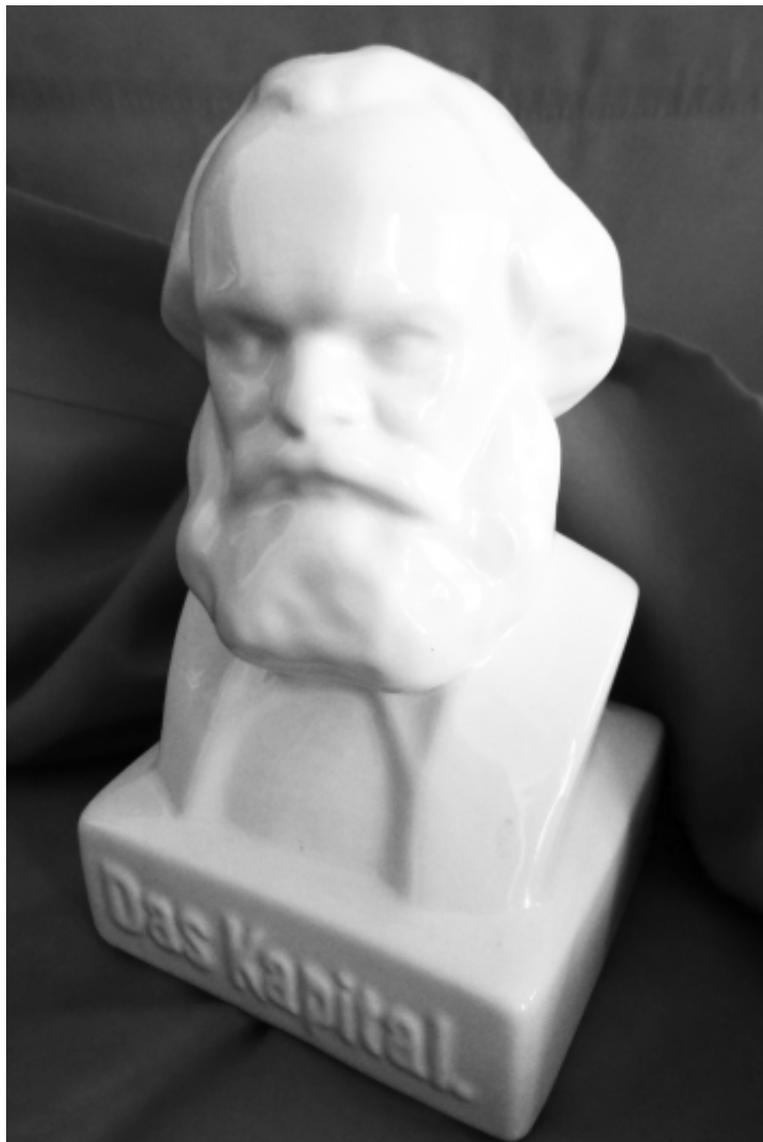
Nach marxistischer Auffassung hat das Proletariat als Klasse die Aufgabe, durch den Klassenkampf den Kapitalismus und das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu überwinden. Dadurch kann nach Marx die gesellschaftliche Bedingung für die Existenz von Klassen wegfallen.

Auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft und einer bedürfnisorientierten Wirtschaft muss das Proletariat ein Bewusstsein als Klasse erlangen. Es muss sich von einer (aufgrund der Lohnarbeit objektiv existierenden) Klasse an sich, zu einer Klasse für sich (mit politischem Klassenbewusstsein) wandeln. Erst dann kann sie zum geschichtlich wirksamen Akteur werden.

Ziel der sozialistischen Bewegung ist die solidarische Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Marx und Engels sahen die Schaffung einer proletarischen Partei, die demokratisch organisiert und kollektiv handlungsfähig ist, als wesentlich an. Sie ist eine zentrale Voraussetzung, um die politische Macht der arbeitenden Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft stärken zu können. Ohne sie kann die Herrschaft des Kapitals letztlich nicht überwunden und gebrochen werden. ■

[Fortsetzung folgt.]



Karl Marx - Das Kapital als Sparbüchse.

Foto: Avanti².

# Russische Revolution 1917

## Der Krieg und sein Klassencharakter

MANUEL KELLNER

**L**enins „Aprilthesen“ beinhalteten einen Aufruf zu einer sozialistischen Revolution in Russland. Vier Tage nach ihrem Bekanntwerden nahm die *Prawda* („Wahrheit“), die Partei-Zeitung der Bolschewiki, dazu kritisch Stellung. Ihre Redaktion stand damals unter der Leitung von Kamenew und Stalin.

In der *Prawda* war zu lesen: „Was das allgemeine Schema des Genossen Lenin betrifft, so erscheint es uns unannehmbar, insofern es von der Einschätzung der bürgerlich-demokratischen Revolution als einer abgeschlossenen ausgeht und mit der sofortigen Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische Revolution rechnet.“ Das bedeutete auch eine zweideutige Haltung zur Provisorischen Regierung und zum Krieg. Verteidigte die russische Armee jetzt nicht die Revolution gegen das deutsche Kaiserreich?

Lenin erreichte jedoch in der bolschewistischen Partei bald eine Mehrheit für seine Position. Er sah einen großen Unterschied zwischen der Haltung der Provisorischen Regierung unter dem Fürsten Lwow als einer Regierung des Kapitals sowie der Grundbesitzer und der Haltung der ArbeiterInnen, Soldaten und armen BäuerInnen. Wenn die Regierenden von der Verteidigung des Vaterlands und der Revolution sprachen, dann wollten sie das Volk betrügen und den Krieg als imperialistischen Raubkrieg weiterführen.

So sprach der Außenminister Miljukow offenbar in Übereinstimmung mit dem Kriegs- und Marineminister Gutschkow von Offensiven zur Eroberung von Teilen Kleinasiens und Konstantinopels.

Wenn einfache Leute von Verteidigung sprachen, dann meinten sie ehrlich die Verteidigung der Revolution. Den imperialistischen Charakter des Krieges auch von Seiten Russlands erkannten sie nicht. Man musste sie geduldig aufklären.

Gutschkow und Miljukow wurden am 5. Mai (18. Mai nach gregorianischem Kalender) 1917 in der neuformierten zweiten Koalition unter Lwow durch Kerenski und Tereschtschenko ersetzt. Das war die erste Koalitionsregierung, an der auch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki (gemäßigte Sozialisten) teilnahmen.

Diese Regierung sprach nun von einer Vorbereitung der Armee für „defensive und offensive Aktionen zur Abwendung einer etwaigen Niederlage Russlands und seiner Verbündeten“ (Frankreich, England, und inzwischen auch die USA). Sie sprach auch von einer „aktiven Außenpolitik zugunsten des Friedens.“

### Gegen den kapitalistischen Eroberungskrieg

In Wirklichkeit wollte die Regierung sich auf den Krieg stützen, um die Fortschritte der Revolution zu hemmen und alle wichtigen Fragen – wie die Einberufung der Konstituierenden Versammlung und die Agrarreform – zu verschieben. Die Rätebewegung wurde immer stärker und die Bolschewiki bekamen in ihr mehr Einfluss.

Lenin schrieb am 7. Mai (24. Mai) einen Offenen Brief an die Delegierten des Allrussischen Bauernkongresses. Zur Frage des Krieges führte er aus, dieser Krieg sei ein Eroberungskrieg der Kapitalisten aller Länder.

Die Bolschewiki lehnten es ab, den Krieg der eigenen Kapitalisten zu rechtfertigen. Die an der Regierung beteiligten Menschewiki wollten Kapitalisten und Gutsbesitzer davon überzeugen, einen „gerechten Frieden“ zu schließen. In Wirklichkeit würden sie ihnen aber helfen, den Krieg und seine Leiden in die Länge zu ziehen.

Lenin erklärte, dass dieser verbrecherische Krieg sofort beendet werden müsse. Nicht durch einen Separatfrieden mit Deutschland, sondern durch einen allgemeinen Frieden „gegen die Kapitalisten“. Dafür müsse die Staatsmacht in die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte übergehen.

Die Bolschewiki verbanden die Haltung zum Krieg mit dem Klassencharakter von Regierung und Staat. Eine Räte-macht, mit der die ArbeiterInnen und armen Bauern herrschen würden, hätte ihrerseits alles Recht der Welt, sich gegen imperialistische Aggression auch militärisch zu verteidigen. ■



Erst die Oktoberrevolution ermöglichte 1918 die Verbrüderung deutscher und russischer Soldaten an der Ostfront.

# Fest zur Einweihung der Fritz-Salm-Straße

**D**as selbstverwaltete Jugendzentrum (JUZ) in Mannheim konnte in den 70er Jahren nach zwei-jährigem Kampf durchgesetzt werden. Seit 1975 trägt das JUZ den Namen des jungen Widerstandskämpfers Friedrich Dürr, der 1945 bei einem Aufstand im KZ Dachau von den Nazis ermordet wurde. Die Idee für die Namensnennung ergab sich nach einem Vortrag von Fritz Salm, der an diesen jungen kommunistischen Antifaschisten erinnerte.

Fritz Salm, damals Vorsitzender der Mannheimer Gruppe der Verfolgten des Naziregimes (VVN), war selbst im Widerstand aktiv und ein beeindruckender Redner. Am Samstag, dem 22. April, wurde nun die Einweihung der Fritz-Salm-Straße unter anderem mit Musik von Bernd Köhler und dem Chor Gegenwehr gefeiert. Im Stadtrat hatten sich die Fraktionen der GRÜNEN und der LINKEN für die Namensgebung eingesetzt. ■



Grafik: Fest-Banner.

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)



### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MO, 01.05.2017, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus, 11:00 Uhr Kundgebung Marktplatz, MA
- DO, 04.05.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SO, 14.05.2017, 14:00 Uhr, Frühjahrswanderung der ISO Rhein-Neckar
- DO, 18.05.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 19.05.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA
- SA 03.06.2017, 15:00 Uhr, „Stoppen wir die Rechten und das Kapital!“, Zentrale ISO-Veranstaltung (mit Olivier Besancenot u.a), Köln